Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 20.— durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 60.—, monatlich Mark 20.—.
Anzeigenpreis (einschließl. Anzeigensteuer): im Amtsblattbezirk der Raum der 1sp. Colonelzeile 4.— Mk., auswärts 5.— Mk., im amtlichen Teil die halbe Zeile 16.— Mk., auswärts 20.— Mk., im Reklameteil die Petitzeile 15.— Mk., auswärts 17.— Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag G. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am nächstfolgenden Werktag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 120. Mittwoch, den 24. Mai 1922. 75. Jahrg.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen die Gutsbesitzersehefrau
Hedwig Elise Wötzel geb. Hempel in Oberschlema
wegen Milchvergehen
hat das Schöffengericht zu Schneeberg in der Sitzung vom 4. Mai 1922
für Recht erkannt:
Die Angeklagte wird wegen Milchfälschung zu 4000 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 26 Tagen Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen die Frau verehel. Gutspächter
Frieda Ella Fanghänel geb. Bergfeld in Oberschlema
wegen Milchvergehen
hat das Schöffengericht zu Schneeberg in der Sitzung vom 4. Mai 1922
für Recht erkannt:
Die Angeklagte wird wegen Milchfälschung zu 1800 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 12 Tagen Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen die Gutsbesitzersehefrau
Livia Therese Müller geb. Ehrler in Oberschlema
wegen Milchvergehen
hat das Schöffengericht zu Schneeberg in der Sitzung vom 11. Mai 1922
für Recht erkannt:
Die Angeklagte wird wegen Milchfälschung zu 3000 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 30 Tagen Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Stromunterbrechung.

Wegen dringender Betriebsarbeiten wird **Donnerstag, den 25. Mai 1922** (Himmelfahrtstag) die Stromlieferung von 7 Uhr vormittags bis voraussichtlich 4 Uhr nachmittags eingestellt werden.

Aue, den 23. Mai 1922. **Direktion der städt. Elektrizitätsversorgung.**

Schwarzenberg. Mutterberatungsstelle.

Die Beratung für Kinder bis zum 6. Lebensjahre für Schwarzenberg mit den Stadtteilen Sachsenfeld und Wildenau findet **Mittwoch, den 24. Mai 1922,** und zwar für die stillenden Mütter und erstmaligen Besucher der Beratungsstunde **nachm. von 2—4 Uhr,** für alle übrigen Besucher **nachm. von 4—6 Uhr im Wohlfahrtsamt — Torbeckhaus** — statt. In **Neuwelt fällt die Mutterberatungsstunde aus.**

Schwarzenberg, den 20. Mai 1922. **Der Rat der Stadt. — Wohlfahrtsamt.**

Nutzholz-Versteigerung. Bockauer Staatsforstrevier.

Im Gasthaus „Muldental" in Aue, Mittwoch, den 31. Mai 1922, nachmittags 2 Uhr

1123 w. Stämme, 10—19 cm stark; 280 w. Stämme, 20—22 cm stark; 264 w. Stämme, 23—39 cm stark; 1245 w. Klöße, 7—15 cm stark; 663 w. Klöße, 16—22 cm stark; 155 w. Klöße, 23—36 cm stark; 499 w. Derbstangen 8—15 cm stark; 130 w. Reisstangen, 6—7 cm stark; 8 rm w. Nutzknüppel in den Abt. 10, 17, 21 (Kahlschläge), 11, 17, 26, 30, (Durchforstungen), 1, 5, 12, 21, 22, 39, 40, 43, 44 und 45. Brüche).

Forstrevierverwaltung Bockau. **Forstrentamt Eibenstock.**

Jahrmarkt in Grünhain

Sonntag und Montag, den 28. und 29. Mai 1922.

Finnland und Polen.

Mit Verwunderung hat mancher Deutsche von der Reise des finnischen Ministers des Aeußern Holsti nach Warschau gehört, wo ein Bund mit Polen abgeschlossen werden sollte. Der Reichstag hatte ihn beauftragt, ein Schutzbündnis gegen einen etwaigen Anfall von Rußland zu schließen. In dieser Beziehung werden ja die Gebiete des ehemaligen russischen Reiches, die selbständig geworden sind, aufeinander angewiesen sein. Was hatte aber Holsti daraus gemacht?

Finnland sollte ein Glied in der Kette werden, die Frankreich um Deutschland schlingt. Zu der großen und kleinen Entente sollte noch die „baltische" Entente hinzukommen. Holsti unterschrieb einen Vertrag, dessen einer Punkt unter gewissen Umständen zur Stellung gegen Deutschland führen mußte bei einem Konflikt zwischen Polen und Deutschland. Außerdem sollte Finnland sich gegen eine Aenderung des Diktates von Versailles erklären!

Der Reichstag in Helsingfors sollte nun diesen Vertrag gutheißen oder ratifizieren, wie man immer noch so schön sagt. Das tat der Reichstag aber nicht, ja er weigerte sich überhaupt, die Beratung eines solchen Vertrags auf die Tagesordnung zu setzen. Holsti bekam außerdem ein persönliches Mißtrauensvotum. Darauf reichte das gesamte Ministerium seine Entlassung ein.

„Das Mißtrauensvotum gegen Holsti ist der Ausdruck für Finnlands Freundschaft gegen Deutschland, die unvermindert beim größten Teil des Volkes fortlebt", — so schreibt der beste politische Schriftsteller Finnlands. Außerdem verabscheute man, auch der Vergewaltigung Wilnas durch die Polen den Schein einer Stütze von Seiten Finnlands zu geben.

Die Regierungsvorlage mit dem Warschauer Vertrag trug die Nummer 96. Mit 96 Stimmen wurde Holstis Plan abgelehnt. Die 96 spielt aber sozusagen im täglichen Leben Finnlands — leider — eine bedeutende Rolle. Man meint dabei den 96%igen Sprit aus Estland, der in beträchtlichen Mengen in das angeblich „trockene" Finnland eingeschmuggelt wird. Holsti war nun Mitglied der Partei und der Regierung, die die Trockenlegung mit dem größten sittlichen Pathos verfochten. Er selbst aber war kein Verächter eines „guten" Tropfens; unzählige Geschichten sind da im Umlauf, die nun mit 96prozentigen Witzen und Anspielungen gepfeffert sind.

Holsti hatte bisher nur mit Frankreich einen Handelsvertrag abgeschlossen, das nur wenige Prozent des gesamten Handels in Finnland beherrscht und auch trotz des neuen günstigen Vertrags noch nicht auf die Prozenthöhe vor dem Kriege gelangt ist. Mit Deutschland, das bei weitem an erster Stelle in den Handelsbeziehungen in Finnland steht, ist erst jetzt endlich ein neuer Vertrag geschlossen worden, der den ewigen kleinen Reibereien hoffentlich ein Ende bereitet, sodaß auch die amtliche Politik Finnlands die freundschaftliche Linie Deutschlands gegenüber einhält, die der größere Teil des Volkes einnimmt.

Finnland steht vor den Wahlen, und man rechnet mit einem zukünftigen sozialdemokratischen Ministerium, wie es Schweden schon hat. Allerdings wird sich hier unter den „Sozialdemokraten" kein Branting finden, der die Geschäfte der großkapitalistischen Entente besorgt. Bis dahin wird wohl ein Beamten-Ministerium die Geschicke des Landes leiten.

Einen bösen Reinfall hat der polnische Minister Sokolnicki in Helsingfors erlebt. Er erließ kurz vor der Reichstagssitzung, die sich weigerte, sich überhaupt mit dem Warschauer Vertrage zu befassen, eine öffentliche Erklärung, die „integrale" Annahme des Vertrags liege im Interesse Finnlands! Das Pikante dabei ist, daß nicht einmal die Regierung selbst eine „integrale", unbesehene Annahme des Vertrages vorschlagen wollte. Er kritisierte also indirekt die Regierung, bei der er beglaubigt war. Außerdem spricht er von der „deutsch-bolschewistischen Allianz", die ihm scheinbar sehr auf die Nerven gegangen ist. Dabei meint er, die Leser in Finnland seien so wenig aufmerksam, daß sie vergessen hätten, wie Finnland selbst eine solche „finnisch-bolschewistische Allianz" geschlossen hat. Denn der Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Rußland ist grundsätzlich dasselbe wie der „Friede" von Dorpat zwischen Rußland und Finnland. Außerdem hat der Pole jetzt in diesem Zusammenhang vom „Aufmarsch der internationalen Schmutzpropaganda". Ein Finnländer macht hierzu die Bemerkung, daß der Pole „auf ungeeignete Zehen" getreten haben dürfte!

Jedenfalls ist Finnland zu beglückwünschen, daß es sein Geschick nicht mit der oberfaulen Sache verquickt hat.

Helsingfors, 18. Mai 1922. F. J.

Brotversorgung und Zuckernot.

Stimmungsbild aus dem Reichstag.

Die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege ist bekanntlich durch den Münchener Fechenbach-Prozeß zerstört, und es wäre nun doch an der Zeit, daß die Reichsregierung nicht nur zu diesen bedeutsamen Feststellungen sich äußert, sondern auch das in ihrem Besitz befindliche Material zur Aufklärung der Schuldfrage veröffentlicht. Diesem Verlangen galten die beiden Interpellationen Hergt (Dnl.) und Frhr. von Lersner, (D. V.), die die Tagesordnung der Montagsitzung einleiteten. Die Beantwortung erfolgte nicht sofort, sondern bleibt nach der Erklärung eines Regierungsvertreters der nächsten Zeit vorbehalten. In allen drei Lesungen wurde dann der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für 1921, mit einem 500 Millionen-Anteil für das Reich, angenommen. Daran schloß sich die Fortsetzung der Ernährungsdebatte. Zu dem bedeutsamen Streitpunkt der Getreideumlage sprach Reichsminister Fehr nunmehr das klärende Wort. Das „Spiel" mit Worten, über das er sich aufhielt, haben die Gegner dieser Umlage wahrlich nicht getrieben. Vielmehr taten das andere Leute, und da es nun feststeht, daß die Umlage abermals kommt, da nur noch die Preisfestsetzung für diese Zwangslieferung in Verhandlungen mit der Landwirtschaft erfolgen soll, wird der Ernährungsminister die Probe auf das Exempel zu machen haben, ob die erneute Wahl des Umlageweges sich als richtiger erweist, als es ein Eingehen auf das Versprechen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft gewesen wäre, mit dem eine Bürgschaft für Sicherstellung einer bestimmten Brotgetreidemenge übernommen werden sollte. Ohne gesetzliche Hilfe geht das nicht, meint Minister Fehr. Nun, die Landwirtschaft hat sie bisher mehr als Plage empfunden, und der Brotpreis steigt trotzdem weiter. Auf die Wirkung auf den Verbraucher aber kommt es doch wohl auch an. Abg. Hammer (Dnl.) machte den Zuckergroßhandel für den mit diesem Produkt getriebenen Wucher verantwortlich und protestierte gegen die Absicht, 1½ Millionen Kilogramm Gemüsekonserven nach dem Ausland zu verkaufen. Vom braunschweigischen Gesandten Boden wurde demgegenüber eine tatsächliche und „im Interesse der Arbeiterbeschäftigung notwendige" Ausfuhrmenge von 600 000 Kilogramm genannt. Abg. Schiele (Dnl.) trat dann mehrmals mit Entschiedenheit für die vom Minister Hermes im Vorjahr „unleugbar zugesagte" Bewegungsfreiheit der Landwirtschaft ein. Der Brotpreis und das Volk würden andernfalls von einer Krise in die andere geworfen. Die vom Abg. Dr. Moses (U. S.) begründeten Wünsche seiner Partei: Verbot der Spargelausfuhr und Hebung der Ernährungswissenschaft würden daran wenig ändern können. Abg. Krüzig (Soz.) dachte da realpolitischer, indem er Einführung der Weltmarktlöhne forderte, damit eine Arbeitskrise hintangehalten werde. Die Abstimmungen über die Umlage usw. wurden einstweilen ausgesetzt. Das Haus wandte sich der Erörterung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums zu. Reichswirtschaftsminister Schmidt warnte in einem ziemlich pessimistisch gehaltenen Ueberblick vor der Anpassung der Preise auf dem Weltmarkt und riet zur Erschließung neuer Kohlenbergwerke; die Industrie müsse Sorge tragen, daß sie technisch den Auslandswettbewerbern ebenbürtig werde. Für die Senkung des Papierpreises müßten die Fabrikanten Sorge tragen.

Deutschlands abnehmende Konkurrenzfähigkeit.

London, 22. Mai. „Sunday Times" schreibt, man führe in Deutschland allmählich scharf die Reaktion des entwerteten Geldes. Eine Zeitlang habe diese Geldentwertung Deutschland in die Möglichkeit versetzt, die englischen Fabrikanten und Kaufleute zu unterbieten, aber dieser Vorteil gehe jetzt zu Ende. Bis jetzt habe Deutschland noch mit seinen Vorräten an Rohmaterialien arbeiten können, aber jetzt müsse es alle Rohstoffe zu höheren Preisen neu ergänzen. Infolgedessen sei es als Konkurrent nicht mehr so furchtbar, wie vorher. So z. B. seien bei einer Subskription von Lokomotiven für Rumänien die deutschen Angebote wesentlich höher gewesen, als die englischen.

Wiedereinführung der Goldwährung?

London, 22. Mai. Einer großen Londoner Zeitungskorrespondenz wird aus Washington gemeldet, daß nach der Ansicht von Persönlichkeiten, die der Regierung nahestehen, Amerika bereit sein würde, zusammen mit anderen Nationen Pläne zur **Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Gleichgewichts** auszuarbeiten, wenn die sich in das Ausland begebenden Vertreter Amerikas davon überzeugt würden, daß von jeder Besprechung, an der sie teilnehmen, politische Fragen ausgeschlossen sind und die Festsetzung der Kriegsschulden der Nationen und der Bedingung der deutschen Reparationszahlungen auf einer Grundlage erfolge, die das Vertrauen einflöße, daß Zinsen und Kapital bezahlt werden, wenn sie fällig sind. Nach Ansicht der wirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung sei dies der Schlüssel zu der Lage und sie behaupten auch, daß die **Einführung der Goldwährung** notwendig sei.

Die amerikanischen Anleihepläne.

Neuyork, 22. Mai. „Chicago Tribune" meldet, die Amerikaner rechneten auf ein Anleihe-Ergebnis um **einer Milliarde Dollar,** wenn genügend hohe Verzinsung, wahrscheinlich 9 Prozent, zugebilligt würde, und wenn die Alliierten sich verpflichteten, während der Laufzeit der Anleihe kein weiteres deutsches Gebiet zu besetzen. In einem amerikanischen Anleiheplan soll ein Viertel der Anleihe Deutschland für Rohstoffkäufe gegeben werden; drei Viertel sollen als Vorausbezahlung mehrerer Reparationsjahresraten an Frankreich gehen, wodurch selbsttätig eine Stabilisierung des Markkurses erreicht werde.

Was Amerika wünscht.

London, 22. Mai. Die „Westminster-Gazette" meldet aus Washington: Die Erörterungen über die europäische Lage gehen fort. Ein angesehenes Mitglied des amerikanischen Kabinetts erklärte: Es ist schlimmer, als der Turmbau zu Babel. Wir sprechen nicht einmal dieselbe Sprache wie die Downingstreet. **Wir sagen mindestens zwanzig Mal, unter welchen Bedingungen wir bei der Wiederherstellung Europas mitwirken werden. Man erklärt uns nachdrücklich, man brauche unsere Mitwirkung. Dann unterbreitet man uns wieder die alten Bedingungen.** Anscheinend ist es hoffnungslos, mit den anderen zu reden. Die Vernunft läuft von ihnen ab, wie Wasser vom Entenrücken.

Die verratene Ruhrbevölkerung.

Bochum, 22. Mai. Vom Landgericht wurde der Pole Jendrickewski, der nach dem Vorbild des Meisterfälschers Anspach arbeitete und die französischen Besatzungsbehörden mit einer Flut falscher Berichte überschüttete, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er hatte vom **Spionagebureau** in Düsseldorf den Auftrag erhalten, einen Bericht über die **Gesinnung der Bevölkerung im Ruhrgebiet** gegenüber den französischen Truppen, über die Stärke der Reichswehr und der Schutzpolizei sowie über deren Waffenbestand zu liefern. Bei der Ausführung dieses Auftrages ließ Jendrickewski seiner Phantasie weitesten Spielraum. So sollten in Bochum allein 1100 junge Leute im Alter von 17½—23 Jahren für ein geheimes preußisches Truppenkontingent angeworben sein. Die Zahl der in anderen Städten des Ruhrgebietes verpflichteten Rekruten bezifferte er auf mehr als 5000. Auch über eine geheime Studentenverbindung, die militärischen Zwecken dienstbar gemacht wurde, wußte er zu berichten. Um seine Meldungen durch Dokumente glaubhaft zu belegen, fälschte er eine große Anzahl von Schriftstücken. Die Besetzung des Ruhrgebietes würde von den Einwohnern gleichgültig aufgenommen werden, nur die Presse müsse mundtot gemacht werden. Vor Gericht gab Jendrickewski zu, daß seine Meldungen erfunden und seine Berichte gefälscht waren.

Die Eisenbahnerverbände.

Berlin, 22. Mai. Wie die Vorstände des deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten dem „Vorwärts" mitteilen, sind in letzter Zeit zwischen den beiden Vorständen Verhandlungen zur Errichtung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront geführt worden. Beide haben sich bereit erklärt, die gegen-